

Der US-Friedensaktivist Norman Solomon setzt sich erneut mit dem erfolglosen Versuch der Demokratischen Partei der USA auseinander, ihre Wahlniederlage auf vermutete Angriffe russischer Hacker zurückzuführen.

LUFTPOST

Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 117/17 – 14.07.17

**Der Versuch der Demokraten, Russland für
ihre Wahlniederlage verantwortlich zu machen, ist gescheitert
Die Strategie der Demokratischen Partei, die Verantwortung
für ihre krachende Wahlniederlage im letzten Jahr russischen Hackern anzuhängen,
anstatt in den Spiegel zu schauen, wird wohl scheitern, schreibt Norman Solomon.**

Von Norman Solomon

ConsortiumNews, 26.06.17

(<https://consortiumnews.com/2017/06/26/democrats-face-failing-russia-gate-scheme/>)

Der Plan der Demokratischen Partei, ihre Niederlage Russland anzulasten, ist wohl misslungen.

Die letzten sechs Monate haben die Demokraten damit vertan, den Russen die Schuld für den Wahlsieg Donald Trumps in die Schuhe zu schieben, für die Defizite der US-Demokratie russische Plutokraten statt US-Plutokraten verantwortlich zu machen, sich als Partei der Russlandfeinde und nicht als Partei der arbeitenden Bevölkerung zu profilieren, ihnen nahestehende Organisationen, Experten und Aktivisten gegen Russland aufzuhetzen, statt sich um den Demokratieabbau in den USA zu kümmern, und viele Stunden Sendezeit im Fernsehen, große Mengen Druckertinte und Millionen Bildpixel verschwendet, um Russland zu diskreditieren, statt sich um die großen wirtschaftlichen Probleme ihrer US-Wähler zu kümmern.

Jetzt müssen sich die Demokraten im Kongress und ihre Parteiführung einer schmerzlichen Realität stellen: Die "Verteufelung Russlands" hat ihnen nichts eingebracht, sondern sie noch weiter zurückgeworfen.

Aus den Ergebnissen einer vertrauenswürdigen Meinungsumfrage und aus Meinungsäußerungen in den Wahlkreisen demokratischer Kongressmitglieder geht eindeutig hervor, dass die Wähler eine grundsätzliche Umorientierung der Demokratischen Partei wollen. Auch eine wachsenden Anzahl von Demokraten im Kongress hält dieses Anliegen mittlerweile für berechtigt.

"Frustrierte Demokraten, die ihre Wahlchancen schwinden sehen, verlangen von ihrer Parteiführung: Hört endlich auf, nur noch über Russland zu reden," war am Wochenende in dem Magazin *The Hill* zu lesen [s. <http://thehill.com/homenews/campaign/339248-dems-push-leaders-to-talk-less-about-russia>]. "Ganz anders als die Spitzenleute der Demokratischen Partei halten einfache Parteimitglieder das Beharren auf Trumps Russland-Kontakten für völlig abwegig, weil sich die Wähler viel mehr über alltägliche Probleme wie fehlende Jobs, zu niedrige Löhne und die hohen Kosten für die Bildung und die Gesundheitsfürsorge aufregen."

The Hill (s. [https://en.wikipedia.org/wiki/The_Hill_\(newspaper\)](https://en.wikipedia.org/wiki/The_Hill_(newspaper))) fährt fort: "Nach einer ganzen Reihe unerwarteter Wahlniederlagen verlangt eine zunehmende Anzahl von Mitgliedern, dass sich die Demokratische Partei weniger um Russland und wieder mehr um die

wirtschaftlichen Probleme in den USA kümmert." Am Ergebnis der 2018 anstehenden Zwischenwahlen werde man ablesen können, ob ihr das gelungen sei.

Ein deutlicher Dissens

Die Forderungen (nach einer grundlegenden Veränderung der Linie der Demokratischen Partei) sind weder dem Gefühl entsprungen, noch werden sie anekdotisch bleiben. Eine große Meinungsumfrage hat gerade ergeben, dass die Parteiführung der Demokraten einer Illusion erlegen ist. Aus einer letzte Wochen vom Center for American Political Studies (CAPS) der Harvard University (s. <https://caps.gov.harvard.edu/about>) and Harris Poll (s. <http://www.theharrispoll.com/>) veröffentlichten Umfrage geht hervor, dass ein deutlicher Dissens zwischen der Russland-Obsession der Demokratischen Partielite in Washington und den US-Wählern besteht.

Nach den Ergebnissen der Umfrage "können die Demokraten keineswegs hoffen, bei den Wahlen im Jahr 2018 große Gewinne zu erzielen oder gar die Mehrheit im Repräsentantenhaus zurückzugewinnen," hat *The Hill* berichtet. "Die Umfrage hat zwar ergeben, dass, 58 Prozent der Stimmberechtigten besorgt darüber sind, dass Trump Geschäfte mit Moskau gemacht haben könnte, aber 73 Prozent wollen auch nicht, dass die diesbezüglichen Untersuchungen den Kongress davon abhalten, Probleme anzupacken, die sie für wichtiger halten."

Der für die Harvard-Harris-Umfrage zuständige Kodirektor hat sich zu deren Ergebnissen wie folgt geäußert: "Die Stimmberechtigten wollen zwar wissen, ob sich die Russen tatsächlich in die US-Präsidentenwahl eingemischt haben, sie befürchten aber auch, dass die laufenden Untersuchungen den Präsidenten und den Kongress zu sehr beanspruchen und deshalb unserem Land mehr schaden als nutzen könnten." [s. <http://thehill.com/home-news/administration/339146-poll-voters-grow-weary-of-russia-probes>]

Solche Umfrageergebnisse vertiefen natürlich den Dissens zwischen demokratischen Abgeordneten des Repräsentantenhauses, die wiedergewählt werden und den Republikanern die Mehrheit wieder wegnehmen wollen. Kurz gesagt, wenn der nächste Sprecher des Repräsentantenhauses nicht wieder ein Republikaner sein soll, müssen die Demokraten wieder Politik für die US-Bürger machen.

Der progressive Kongressabgeordneter Peter Welch aus Vermont hat das so formuliert: "Wir sollten uns vor allem um die Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse unserer Wähler kümmern und nicht nur Trump kritisieren – sei es wegen seiner Beziehungen zu Russland oder wegen seiner Differenzen mit Comey (s. dazu auch https://de.wikipedia.org/wiki/James_B._Comey). Da werden die Dinge ihren Lauf nehmen, auch wenn wir nicht ständig draufsatteln."

Peter Welch ergänzte: "Wir erreichen viel mehr, wenn wir ein Programm erarbeiten, das sich mit den Problemen unserer Wähler befasst. Die Fortsetzung der Trump-Russland-Kontroverse bringt uns nichts ein."

Um Zeit für die Erarbeitung eines solchen Programmes zu haben, müsste die Parteiführung der Demokarten damit aufhören, Trump ständig als Werkzeug des Kreml anzuschwärzen. In einer für sie typischen Anmerkung hat Nancy Pelosi, die Sprecherin der Demokraten im Repräsentantenhaus, erst kürzlich wieder die abgedroschene Frage gestellt: "Welchen Einfluss haben die Russen auf Donald Trump?"

Im Gegensatz zu ihr äußerte Matt Cartwright, ein demokratischer Abgeordneter aus Pennsylvania, im Repräsentantenhaus: "Für mich kommt die Kritik an Russland und am Präsidenten erst an zweiter Stelle – wie für meine Wähler."

Weiter auf ein lahmes Pferd setzen?

Seit der Wahl im letzten November haben die führenden Demokraten im Kongress fast nur auf das russische Pferd gesetzt, aber das scheint jetzt zu lahmen.

Ja, eine wirklich unabhängige Untersuchung wäre schon notwendig, um herauszufinden, ob die russische Regierung tatsächlich versucht hat, die US-Wahlen zu beeinflussen. Und Ermittler sollten auch klären, ob Beweise dafür vorliegen, dass Trump oder seine Wahlkampfmanager vor oder nach der Wahl in irgendwelche Unregelmäßigkeiten verwickelt waren. Dazu ist aber festzustellen, das weder die führenden Demokraten, noch die führenden Republikaner im US-Kongress zu einer tatsächlich "unabhängigen Untersuchung" fähig sind.

Die Spitzen der Demokratischen Partei und besonders der Clinton-Flügel haben sofort nach der Wahlniederlage versucht, Russland dafür verantwortlich zu machen. Dem von den Journalisten Jonathan Allen und Amie Parnes verfassten neuen Buch "Shattered" (Zerschmettert, zu beziehen über amazon) über den Wahlkampf der Präsidentschaftskandidatin Hillary Clinton ist die folgende entlarvende Passage entnommen: "Innerhalb von 24 Stunden nach dem Eingeständnis der Wahlniederlage haben die Wahlkampfmanager Robby Mook und John Podesta im Wahlkampfhauptquartier in Brooklyn ihr Team für Öffentlichkeitsarbeit zusammengetrommelt um die Parole auszugeben, dass die Wahl noch nicht verloren sei.

Schon in der auf diesem Treffen verfassten Presseerklärung wurden die "russischen Hacker" ins Spiel gebracht.

Anfang 2017 hat Jennifer Palmieri, die im Clinton-Wahlkampfteam für die Pressearbeit zuständig war, in einem Kommentar für die *Washington Post* erklärt: "Wenn wir den Leuten klar machen, dass die Einmischung Russlands ein Angriff auf unsere Republik ist, wird die Öffentlichkeit auf unserer Seite sein. Und je mehr wir darüber reden, desto mehr Menschen werden zu uns überlaufen."

Die jüngsten Umfrageergebnisse zeigen allerdings, wie falsch ihre Annahme war. Weil die Demokraten auf dem Capitol Hill zu Beginn des Jahres noch im Gleichschritt marschierten, hat vermutlich keiner meinen Artikel ernst genommen, der schon vor fast sechs Monaten unter der Überschrift "Democrats Are Playing With Fire on Russia" (Die Anschuldigungen der Demokraten gegen Russland sind ein Spiel mit dem Feuer) in dem Magazin *THE HILL* erschienen ist [s. <http://thehill.com/blogs/pundits-blog/foreign-policy/313295-democrats-are-playing-with-fire-on-russia>] Schon damals habe ich gewarnt: "Den Demokraten im Kongress fällt nichts Besseres ein, als Russland für ihre Niederlage verantwortlich zu machen. Obwohl davon während des Wahlkampf überhaupt keine Rede war, versuchen sie Donald Trump jetzt Kontakte zum Kreml anzuhängen."

Ich habe noch hinzugefügt: "Vor den Medien wollen sie natürlich nicht zugeben, dass die unter großen wirtschaftlichen Problemen leidenden Wähler im Rostgürtel und anderswo Trump zum Präsidenten gewählt haben; die führenden Demokraten möchten lieber Wladimir Putin zum Sündenbock machen, als zu überprüfen, warum sie den Kontakt zu ihren Wähler in der arbeitenden Bevölkerung verloren haben."

Die Gefahr eines Atomkrieges

Schon in dem Artikel vom 9. Januar habe betont, dass "die gegen Russland betriebene Hetze äußerst gefährlich ist", weil sie zu einer militärischen Konfrontation zwischen zwei Staaten führen könnte, die beide über Tausende von Atomwaffen verfügen.

Ich habe bereits damals festgestellt, dass "die Begeisterung, mit der gegen Putin getrommelt wird", das Bild der Demokratischen Partei in der Öffentlichkeit nicht nur im Jahr 2017 bestimmen, sondern ihr sogar den Ruf einbringen könnte, auch längerfristig nicht mit der russischen Regierung zusammenarbeiten zu wollen.

Ich habe gewarnt: "Diese Entwicklung wäre nicht nur schlimm, sie könnte auch in eine Katastrophe führen. Wenn die Demokraten die Spannungen mit dem Kreml weiter verschärfen, droht eine militärische Konfrontation mit Russland."

Heute drängt sich die Frage auf: Wenden die Mitglieder des Kongresses mehr Zeit auf, um darüber nachzudenken, wie sie ihre Wiederwahl sichern oder wie sie das Risiko eines atomaren Holocaust verringern könnten?

Der am 24. Juni in dem Magazin *THE HILL* veröffentlichte Artikel mit der Überschrift "Dems Push Leaders to Talk Less About Russia" (Die Demokraten bedrängen ihre Führung, weniger über Russland zu reden, s. <http://thehill.com/homenews/campaign/339248-dems-push-leaders-to-talk-less-about-russia>) sollte ein Weckruf sein. Einige Demokraten im Kongress wollen das seit Winteranfang 2016 laufende Russland-Bashing nicht mehr mitmachen, weil sie begriffen haben, dass der Bann gebrochen werden muss. Sie werden aber die Hilfe ihrer Wähler brauchen, die sie in ihrer Absicht bestärken. [s. https://act.rootsaction.org/p/dia/action4/common/public/?action_KEY=12820]

Die Menschheit wird auf unserem Planeten nur überleben, wenn sich die beiden atomaren Supermächte USA und Russland auf diplomatischen Wegen verständigen. Wenn die Demokraten im US-Kongress nicht einsehen wollen, dass sie durch eine weitere Eskalation der Spannungen mit Russland die Gefahr eines Atomkrieges heraufbeschwören, kann sie vielleicht die bei der Wahl im nächsten Jahr drohende erneute Niederlage zur Besinnung bringen. Es wird Zeit, dass die lebensgefährliche Hetze gegen Russland endlich aufhört.[s. <https://www.thenation.com/article/fifty-years-later-rekindle-the-spirit-of-glassboro/>]

Norman Solomon ist der Koordinator der online agierenden Aktivistengruppe RootsAction.org (s. <http://www.rootsaction.org/about-rootsaction>) und der verantwortliche Direktor des Institute for Public Accuracy (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Institute_for_Public_Accuracy). Er hat ein Dutzend Bücher geschrieben, darunter auch das Buch "War Made Easy: How Presidents and Pundits Keep Spinning Us to Death", das 2016 in deutscher Übersetzung unter dem Titel "WAR MADE EASY (Krieg leicht gemacht) – Wie uns Präsidenten und Experten zu Tode lügen" im Jim Humble Verlag erschienen ist.

(Wir haben den Artikel komplett übersetzt und mit Ergänzungen und Links in runden Klammern versehen. Die Links in eckigen Klammern hat der Autor selbst eingefügt. Anschließend drucken wir den Originaltext ab.)

Consortiumnews.com

Democrats Face Failing Russia-gate Scheme

National Democrats thought they could slough off their stunning election defeat last

year by blaming Russia rather than looking in the mirror, but that strategy may be collapsing, writes Norman Solomon.

By Norman Solomon

June 26, 2017

The plan for Democrats to run against Russia may be falling apart.

After squandering much of the last six months on faulting Russians for the horrific presidency of Donald Trump... After blaming America's dire shortfalls of democracy on plutocrats in Russia more than on plutocrats in America... After largely marketing the brand of their own party as more anti-Russian than pro-working-people... After stampeding many Democratic Party-aligned organizations, pundits and activists into fixating more on Russia than on the thousand chronic cuts to democracy here at home... After soaking up countless hours of TV airtime and vast quantities of ink and zillions of pixels to denounce Russia in place of offering progressive remedies to the deep economic worries of American voters...

Now, Democrats in Congress and other party leaders are starting to face an emerging reality: The "winning issue" of Russia is a losing issue.

The results of a reliable new nationwide poll — and what members of Congress keep hearing when they actually listen to constituents back home — cry out for a drastic reorientation of Democratic Party passions. And a growing number of Democrats in Congress are getting the message.

"Frustrated Democrats hoping to elevate their election fortunes have a resounding message for party leaders: Stop talking so much about Russia," The Hill reported over the weekend. In sharp contrast to their party's top spokespeople, "rank-and-file Democrats say the Russia-Trump narrative is simply a non-issue with district voters, who are much more worried about bread-and-butter economic concerns like jobs, wages and the cost of education and healthcare."

The Hill coverage added: "In the wake of a string of special-election defeats, an increasing number of Democrats are calling for an adjustment in party messaging, one that swings the focus from Russia to the economy. The outcome of the 2018 elections, they say, hinges on how well the Democrats manage that shift.

A Big Disconnect

Such assessments aren't just impressionistic or anecdotal. A major poll has just reached conclusions that indicate party leaders have been operating under political illusions. Conducted last week, the Harvard-Harris national poll found a big disconnect between the Russia obsession of Democratic Party elites in Washington and voters around the country.

The poll "reveals the risks inherent for the Democrats, who are hoping to make big gains — or even win back the House — in 2018," The Hill reported. "The survey found that while 58 percent of voters said they're concerned that Trump may have business dealings with Moscow, 73 percent said they're worried that the ongoing investigations are preventing Congress from tackling issues more vital to them."

The co-director of the Harvard-Harris poll, Mark Penn, commented on the results: "While the voters have a keen interest in any Russian election interference, they are concerned that the investigations have become a distraction for the president and Congress that is hurting rather than helping the country."

Such incoming data are sparking more outspoken dissent from House Democrats who want to get re-elected as well as depose Republicans from majority power. In short, if you don't want a GOP speaker of the House, wise up to the politics at play across the country.

Vermont Congressman Peter Welch, a progressive Democrat, put it this way: "We should be focused relentlessly on economic improvement [and] we should stay away from just piling on the criticism of Trump, whether it's about Russia, whether it's about Comey. Because that has its own independent dynamic, it's going to happen on its own without us piling on."

Welch said, "We're much better off if we just do the hard work of coming up with an agenda. Talking about Trump and Russia doesn't create an agenda."

Creating a compelling agenda would mean rejecting what has become the rote reflex of Democratic Party leadership — keep hammering Trump as a Kremlin tool. In a typical recent comment, House Minority Leader Nancy Pelosi pounded away at a talking point already so worn out that it has the appearance of a bent nail: "What do the Russians have on Donald Trump?"

In contrast, another House Democrat, Matt Cartwright of Pennsylvania, said: "If you see me treating Russia and criticisms of the president and things like that as a secondary matter, it's because that's how my constituents feel about it."

Betting on a Lame Horse

But ever since the election last November, Democratic congressional leaders have been placing the party's bets heavily on the Russia horse. And it's now pulling up lame.

Yes, a truly independent investigation is needed to probe charges that the Russian government interfered with the U.S. election. And investigators should also dig to find out if there's actual evidence that Trump or his campaign operatives engaged in nefarious activities before or after the election. At the same time, let's get a grip. The partisan grandstanding on Capitol Hill, by leading Republicans and Democrats, hardly qualifies as "independent."

In the top strata of the national Democratic Party, and especially for the Clinton wing of the party, blaming Russia has been of visceral importance. A recent book about Hillary Clinton's latest presidential campaign — *Shattered* by journalists Jonathan Allen and Amie Parnes — includes a revealing passage. "Within 24 hours of her concession speech," the authors report, campaign manager Robby Mook and campaign chair John Podesta "assembled her communications team at the Brooklyn headquarters to engineer the case that the election wasn't entirely on the up-and-up."

At that meeting, "they went over the script they would pitch to the press and the public. Already, Russian hacking was the centerpiece of the argument."

In early spring, the former communications director of the 2016 Clinton presidential campaign, Jennifer Palmieri, summarized the post-election approach in a *Washington Post* opinion piece: "If we make plain that what Russia has done is nothing less than an attack on our republic, the public will be with us. And the more we talk about it, the more they'll be with us."

Polling data now indicate how wrong such claims are. Initially in lockstep this year, Democrats on Capitol Hill probably didn't give it a second thought if they read my article published by *The Hill* nearly six months ago under the headline "Democrats Are Playing With

Fire on Russia.” At the outset, I warned that “the most cohesive message from congressional Democrats is: blame Russia. The party leaders have doubled down on an approach that got nowhere during the presidential campaign — trying to tie the Kremlin around Donald Trump’s neck.”

And I added: “Still more interested in playing to the press gallery than speaking directly to the economic distress of voters in the Rust Belt and elsewhere who handed the presidency to Trump, top Democrats would much rather scapegoat Vladimir Putin than scrutinize how they’ve lost touch with working-class voters.”

Nuclear War Risks

But my main emphasis in that Jan. 9 article was that “the emerging incendiary rhetoric against Russia is extremely dangerous. It could lead to a military confrontation between two countries that each has thousands of nuclear weapons.”

I noted that “enthusiasm for banging the drum against Putin is fast becoming a big part of the Democratic Party’s public identity in 2017. And — insidiously — that’s apt to give the party a long-term political stake in further demonizing the Russian government.”

My article pointed out: “The reality is grim, and potentially catastrophic beyond comprehension. By pushing to further polarize with the Kremlin, congressional Democrats are increasing the chances of a military confrontation with Russia.”

Here’s a question worth pondering: How much time do members of Congress spend thinking about ways to reduce the risks of nuclear holocaust, compared to how much time they spend thinking about getting re-elected?

In political terms, The Hill’s June 24 news article headlined “Dems Push Leaders to Talk Less About Russia” should be a wakeup call. Held in the thrall of Russia-bashing incantations since early winter, some Democrats in Congress have started to realize that they must break the spell. But they will need help from constituents willing to bluntly tell them to snap out of it.

If there is to be a human future on this planet, it will require real diplomacy between the U.S. and Russia, the world’s two nuclear-weapons superpowers. Meanwhile — even if the nuclear threat from continuing to escalate hostility toward Russia doesn’t rank high on the list of Democrats’ concerns on Capitol Hill — maybe the prospects of failure in the elections next year will compel a major change. It’s time for the dangerous anti-Russia fever to break.

*Norman Solomon is the coordinator of the online activist group RootsAction.org and the executive director of the Institute for Public Accuracy. He is the author of a dozen books including *War Made Easy: How Presidents and Pundits Keep Spinning Us to Death*.*

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern